

Was ist die EU?

Noch während des Wahlkampfes für das EU-Parlament hat Bundeskanzlerin Merkel die Menschen in Deutschland wissen lassen, was die EU nicht ist: **„Die EU ist keine Sozialunion.“** Wo sie Recht hat, hat sie Recht! Sie hat allerdings nicht offen ausgesprochen, was die EU ist, nämlich eine „Kapitalunion“!

Die PolitikerInnen der staatstragenden Parteien, werden ja nicht müde zu verkünden, dass die EU für alle Menschen von Vorteil sei, keine Kriege mehr zwischen den mächtigsten Staaten Europas, ungehindertes Reisen durch die Staaten der EU, gemeinsame Währung etc. Das lässt sich nicht leugnen und so scheint der Spruch, dass „wir alle“ von der EU „profitieren“ richtig zu sein. „Wir alle“ können uns ohne Grenzkontrollen frei in der EU bewegen. „Wir alle“ können in vielen Staaten der EU mit dem gleichen Geld – dem Euro – bezahlen. „Wir alle“ - oder doch wenigstens die meisten von uns – sind allerdings „Arbeitnehmer“. Wenn „wir“ uns ungehindert von einem Land in ein anderes bewegen, dann geschieht das in aller Regel, um Urlaub zu machen ... vorausgesetzt, das Lohneinkommen reicht aus. Wenn „wir“ den Euro als gemeinsame Währung in einem anderen Land benutzen, dann geschieht das in aller Regel im Urlaub. Noch immer haben viele „Arbeitnehmer“ in Deutschland 6 Wochen Jahresurlaub. Den Rest des Jahres arbeiten „wir“ und reisen nicht durch die Länder!

Anders ist das mit Waren und Kapital. Die sind ständig unterwegs im grenzüberschreitenden Verkehr ... täglich, stündlich. Die EU wurde geschaffen und ins Leben gerufen, um den freien, möglichst ungehinderten Verkehr von Waren und Kapital in Europa zu erleichtern. Sie wurde nicht geschaffen, damit „Arbeitnehmern“ die Urlaubsreisen erleichtert werden. Wenn „wir“ eine Urlaubsreise in ein anderes Land der EU machen, dann „profitieren“ wir auch nicht. Wegfall der Grenzkontrollen und gemeinsamen Währung verschaffen „Arbeitnehmern“ keinen Profit. Urlaubsreisen verschaffen den Reisenden keinen Profit. Anders ist es mit dem grenzüberschreitenden Verkehr von Waren und Kapital. Die Eigentümer dieser Waren und dieses Kapitals realisieren durch die grenzüberschreitenden Verkehr Profite. Sie profitieren! Darum ist die EU eine „Kapitalunion“, von der das Kapital profitiert. Der Abbau von bürokratischen und technischen Handelshemmnissen erleichtert nicht nur den freien Verkehr von Waren und Kapital, er senkt damit auch direkt Kosten für die Handel treibenden Unternehmen.

Der Umfang, in dem „Arbeitnehmer“ vom freien Personenverkehr zwischen den EU-Staaten „profitieren“ hängt ab:

- von der Höhe des Lohnes
- von der Länge des Urlaubs.

Die Höhe des Lohnes kann sehr stark variieren, je nachdem, wie stark die Nachfrage der „Arbeitgeber“ nach Arbeitskraft ist und in welchem Umfang die „Arbeitnehmer“ ihre Konkurrenz untereinander begrenzen und ihre gemeinsamen Interessen gegen die „Arbeitgeber“ durchsetzen. Die Nachfrage der „Arbeitgeber“ nach Arbeitskraft hängt ab vom Wachstum des Kapitals und der Art der Investitionen, die sie tätigen, um dieses Wachstums voranzubringen. Starkes Wachstum des Kapitals und Erweiterungsinvestitionen beflügeln die Nachfrage nach Arbeitskraft. Schwaches Wachstum und Rationalisierungsinvestitionen beschränken die Nachfrage nach Arbeitskraft.

„Errungenschaften“ von gestern

Solange die „Kapitalunion“ der EU starkes Wachstum ermöglichte bzw. beförderte, „profitierten“ die „Arbeitnehmer“ von der stärkeren Nachfrage nach Arbeitskraft.

Zusammen mit dem über Jahrzehnte - in Auseinandersetzungen mit dem Kapital - durchgesetzten

längeren Urlaubsanspruch ermöglichte das immer mehr Urlaubsreisen von „Arbeitnehmern“ in andere europäische Länder und selbst in Länder anderer Kontinente.

Die „Kapitalunion“ der EU erfreute sich großer Sympathie auch unter „Arbeitnehmern“ und das nicht nur wegen der nach dem 2. Weltkrieg friedlich ausgetragenen Konkurrenz unter den Nationalökonomien Europas.

Mit dieser Idylle der Völkerverständigung ist es mehr oder weniger vorbei; mit der großen Weltwirtschaftskrise nach 2007 haben sich die Widersprüche zwischen den europäischen Nationalökonomien sprunghaft verschärft. Es zeigt sich, dass eine „Kapitalunion“ eine sehr miserable und fragwürdige Grundlage für Völkerverständigung ist. Die Konkurrenz unter den „Arbeitgebern“ der verschiedenen Nationen nimmt zu und mit ihr die Konkurrenz unter den „Arbeitnehmern“. Dadurch wird die EU-Kapitalunion praktisch in Frage gestellt. Es geht ans Eingemachte!

Besonders die Entwicklungen in Griechenland, Spanien oder Portugal unterstreichen, dass die EU eine „Kapitalunion“ und keine „Sozialunion“ ist. In einer „Kapitalunion“ dominieren immer die stärkeren Kapitale die schwächeren. Das war in der EU immer so, von Anfang an. Dass alle davon gleichermaßen „profitieren“, konnte nur solange so scheinen, wie das durch den freien Waren- und Kapitalverkehr beflügelte ökonomische Wachstum allgemein war, praktisch alle Nationalökonomien daran Anteil hatten. Tatsächlich trat Deutschland schon als stärkste Nationalökonomie in die „Kapitalunion“ der EU ein und Deutschland profitierte auch am stärksten von dieser „Kapitalunion“. Die Dominanz Deutschlands in dieser „Kapitalunion“ kommt aber erst jetzt richtig zum tragen. In jeder Krise gibt es Gewinner und Verlierer. Die deutsche Nationalökonomie ist der Gewinner der 2007 einsetzenden Weltwirtschaftskrise und ihre Dominanz in der „Kapitalunion“ bekommen die Verlierer schmerzhaft zu spüren. Die „uneigennützig“ Hilfe, die Ländern wie Griechenland zuteil wird, tut richtig weh!

Die Stunde des Nationalismus

Mit dieser Entwicklung schlägt die Stunde für Belebung und Stärkung des Nationalismus in allen Ländern der EU-Kapitalunion. Der soziale Status des „Arbeitnehmers“, der vom Verkauf seiner Arbeitskraft lebt, ist – anders als radikale Linke meinten und manche noch immer meinen – kein Schutzwall vor diesem durchbrechenden Nationalismus oder gar ein Bollwerk dagegen. Solange die Existenz der Masse der Menschen abhängig ist von Wachstum und Profitabilität des Kapitals, hat das gemeinsame Interesse von Belegschaften und einzelnen Unternehmen und auch das gemeinsame Interesse von „Arbeitnehmern“ und „Arbeitgebern“ in einer Nationalökonomie eine objektive Grundlage. Wo Erfolge in der Konkurrenz erzielt werden – sei es auf Seiten des einzelnen Unternehmens, sei es auf Seiten einer Nationalökonomie – bewährt sich diese objektive Grundlage von „Gemeinschaft“. Irrwitziger Weise sind es dann aber gerade Verlierer in der Konkurrenz, mit den schlechtesten Aussichten auf Erfolg in der Konkurrenz, die sich von nationalistischen Rattenfängern betören lassen.

Solange diese objektiven Grundlagen im System der Lohnarbeit nicht Gegenstand der subjektiven Kritik werden, wird sich „Betriebsgemeinschaft“ und Nationalismus auch unter „Arbeitnehmern“ entwickeln. Die Erfolge der Nationalisten bei den jetzigen Wahlen zum EU-Parlament sind Ausdruck dieser Entwicklung. Das Missverständnis, die EU-Kapitalunion sei eine „Sozialunion“ wird korrigiert; durch Sprüche, wie die der Frau Merkel und mehr noch durch die gesellschaftliche Praxis.

Die Warnungen der Herrschenden

Mit ihrem Dementi auf die „Sozialunion“ wollte Frau Merkel unmittelbar zum Ausdruck bringen, dass Deutschland keine „Zuwanderung in die Sozialsysteme“ zulassen werde. Niemand solle sich einbilden, er oder sie können aus einem anderen Land der EU nach Deutschland kommen, um hier Hartz IV zu beziehen. Tatsächlich sind „wir“ schon soweit „fortgeschritten“, in dem, was als

verteidigenswerter „Fortschritt“ gilt! Das Leben auf der Basis von Hartz IV als die Attraktion, die massenhaft Menschen aus den „Verlierernationen“ der EU und aus Afrika anlockt! Seit der Erfindung dieses Minimums durch Schröder und seine Mannschaft, werden die Mächtigen hierzulande nicht müde, Hartz IV schön zu reden und vor „Sozialmissbrauch“ zu warnen. Die erste Welle dieser Warnungen meinte deutsche „Arbeitnehmer“. Dabei vermied man es allerdings, ein Dementi auf die „soziale Marktwirtschaft“ auszusprechen. Man wolle gerade das „Soziale“ der Marktwirtschaft retten, in dem man es vor jenen schütze, die ein „Recht auf Faulheit“ für sich beanspruchten! Damit waren wiederum nicht die Reichen und Superreichen gemeint, sondern die Ärmsten der Armen! Denen wolle man das „Recht auf Faulheit“ verweigern. Wer über Abermillionen oder Milliarden verfügt, an dessen Faulheit hatten die politischen Demagogen nichts auszusetzen. „Wer betrügt, der fliegt“ (CSU) wurde den „Sozialmissbrauch“ betreibenden deutschen „Arbeitnehmern“ aber nicht entgegen gerufen. Dem besonderen Status, Deutscher zu sein, wurde Rechnung getragen. Man ist in erster Linie Deutscher, dann „Arbeitnehmer“ oder „Arbeitgeber“!

Wenn es um „Ausländer“ geht, dann wird man deutlicher! Dann schallt es: keine „Sozialunion“ und „Wer betrügt, der fliegt“! Für „Ausländer“ streicht man das Wort „sozial“ ohne wenn und aber. Da bleibt nur noch die Marktwirtschaft. Man ist halt vor allem und zuerst national und wenn sozial, dann national-sozial! Die zweite Welle der Warnungen, die den „Ausländern“ das „Recht auf Faulheit“ auf deutschem Boden verwehren will, ist also weitaus deutlicher!

Nationalistischer Schwachsinn

Natürlich ist das alles Unsinn! Was Menschen massenhaft anlockt, die nichts anderes mehr besitzen als ihre Arbeitskraft und daher von deren Verkauf leben müssen, das sind Gelegenheiten für den Verkauf dieser Arbeitskraft, die Aussicht auf einen Lohn, der ihr Elend lindert. Leider ist es so, dass außer den Reichen und Superreichen, fast niemand ein „Recht auf Faulheit“ für sich in Erwägung zieht. ;-) Fast alle wollen ihre Arbeitskraft verkaufen, wohl wissend, dass das mit Arbeit verbunden ist! Wenn die Ärmsten der Armen ihre Wohnorte, ihre vertraute Umgebung verlassen, sich auf die Wanderung begeben, dann in der Hoffnung auf Teilhabe am Reichtum, den die entwickeltsten kapitalistischen Länder, die Sieger in der Konkurrenz, so protzig zur Schau stellen! Wenn dieser Traum vor Ort platzt, sie keinen Lohnarbeitsplatz ergattern können, oder nur zu einem Lohn, von dem sie in diesen reichen Ländern nicht leben können, dann versuchen sie natürlich in den „Genuss“ einer armseligen Absicherung zu gelangen. Ihr Streben ist das aber nicht! Diese angeblich massenhaft angestrebte „Einwanderung in die Sozialsysteme“ ist eine ebenso blöde, durchschaubare und abstoßende Erfindung von Nationalisten und Rassisten! Diese Erfindung dient zugleich der Festigung der nationalen Gemeinschaft und wird ebenfalls bemüht, um den Charakter der EU als „Kapitalunion“ zu festigen. Hier tut sich aber auch ein Widerspruch auf, der die EU als Kapitalunion vor eine Zerreißprobe stellt.

Widersprüchliche Kapitalinteressen

Grundsätzlich hat das Kapital ein Interesse am Überangebot an Arbeitskräften. Das drückt auf den Preis für Ware Arbeitskraft. Es hat allerdings kein Interesse daran, für alle jene zu zahlen, die arbeitslos bleiben. Ob diese Zahlungen erfolgen über Beiträge zu Sozialversicherungen oder Steuern ist dabei ziemlich gleichgültig. Das Kapital will damit einfach nichts oder möglichst wenig zu tun haben. Irgendeine „Vorsorge für schlechte Zeiten“ soll Privatsache sein, ganz so, wie die Verwertung von Kapital auch. Das Kapital ist „Marktwirtschaftler“. Es will nur zahlen für einen Gebrauchswert, den es tatsächlich erhält. Der Gebrauchswert der Arbeitskraft für das Kapital ist die Arbeit. Wer nicht für das Kapital arbeitet, dem will das Kapital auch nichts zahlen ... und braucht es auch nicht, nach den Gesetzen der Warenproduktion. Arbeitslose also ja, damit der Lohn niedrig sein kann. Aber für die Arbeitslosigkeit sollen die „Arbeitnehmer“ gefälligst selbst vorsorgen ... wie für Krankheit ... wie für Rente.

Von daher liegt „Zustrom von Arbeitskräften“ im Interesse des Kapitals, aber keine „Zuwanderung in Sozialsysteme“ zu denen „Arbeitgeber“ einen Beitrag zahlen müssen.

Das Kapital ist also heute „internationalistisch“, wenn es um den Zustrom von Lohnarbeitskräften geht, an deren Gebrauchswert es ein Interesse hat, weil es diesen Gebrauchswert ausbeuten kann. Es ist „nationalistisch“, wenn dieser Zustrom an Lohnarbeitskräften, ihre („Lohnneben“-)Kosten für Arbeitslose erhöht.

Dieser Widerspruch spiegelt sich wieder in allen diesbezüglichen Aktivitäten der EU-Kommission. In einer EU als Kapitalunion kann er nur gelöst werden, indem Beiträge des Kapitals in Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung gekürzt werden und das Kapital den Zustrom von den Arbeitskräften erhöht, die einen Gebrauchswert für seine Verwertung haben. Also: Zustrom ja, aber nur in der Qualität, die wir brauchen! Zustrom nein, wenn dadurch unsere Einzahlungen in soziale Sicherungssysteme, die wir gern „privatisieren“ würden, größer werden.

Diese Kapitalinteressen sind nicht nur eine Zerreißprobe für die EU, sondern auch für jede Nationalökonomie der EU! Durch diesen Widerspruch kann aber der Nationalismus als eine Lösung erscheinen, die im Interesse der „Arbeitnehmer“liegt, jedenfalls dann, wenn das Wachstum schwächer wird, die Nachfrage nach Ware Arbeitskraft schwächer wird, die Zahl der Lohnarbeitslosen zunimmt. Das ist in jeder Beziehung eine fatale Illusion, die die Interessen von LohnarbeiterInnen denen des Kapitals unterordnet und letztlich opfert. Sie läuft immer auf eins hinaus: wachsende Spaltung der LohnarbeiterInnen, national und international, mitmachen in der Konkurrenz in der Hoffnung auf Teilhabe an den Erfolgen in der Konkurrenz, Preisgabe von Errungenschaften, um die Existenz in den Grenzen der Lohnarbeit überhaupt erhalten zu können. Wohin das führt, will ich nicht weiter ausmalen.

Abschließend:

Gegenüber den Verhältnissen vor dem 2. Weltkrieg war und ist die EU-Kapitalunion ein Fortschritt! Wer das leugnet, liegt aus meiner Sicht „haarscharf“ daneben und verfügt über keine Position, die mit den millionenfachen Erfahrungen der Menschen irgendwie zusammen passt! Die damit verbundenen Fortschritte waren aber nur möglich unter Bedingungen, wie sie eben durch diesen Krieg selbst geschaffen wurden. Will man die sozialen Fortschritte, die das mit sich brachte, verteidigen, dann gibt es kein Zurück zu einer „Kapitalunion“, wie sie sich auf der Grundlage dieser Bedingungen entwickelte. Die Bedingungen für das außerordentlich Wachstum des Kapitals sind futsch, die Bedingungen auch für die erfolgreichen Auseinandersetzung, die durchgesetzten Reformen und Zugeständnisse sind futsch! Wer also die sozialen Fortschritte verteidigen will, der muss vorwärts gehen zu einer „Sozialunion“ und die „EU-Kapitalunion“ überwinden! Die bisherigen sozialen Fortschritte können dann nur als Ausgangspunkt dienen, um mehr sozialen Fortschritt, einen anderen sozialen Fortschritt durchzusetzen, der nicht mehr abhängig ist von Wachstum und Profitabilität von Kapital!

Peter Trotzig
Mai 2014